

Der Druck auf unser Sozialsystem steigt und wir werden es retten müssen!



Bundessozialminister Hubertus Heil und Bundesfinanzminister Christian Lindner stellten kürzlich das neue Rentenpaket der Ampel-Koalition vor. Weil die gesetzliche Rente immer teurer wird, soll mittels eines kapitalgedeckten Fonds („Generationenkapital“) die Finanzierung sichergestellt werden. Über 200 Mrd. Euro wird der Bund dafür zusätzlich bereitstellen, um eine überschaubare Rendite von 10 Mrd. Euro ab

2036 abzuschöpfen. Die Ampel vollzieht einen Systemwechsel im System der beitragsfinanzierten Rente.

Gleichzeitig verkündete Hubertus Heil die Fortführung der Haltelinie beim Rentenniveau für die nächsten 15 Jahre auf 48 Prozent. Damit greift Heil tief in die Rentenformel ein und kündigt den Generationenvertrag auf. Der automatische Ausgleichsmechanismus zwi-

Jana Schimke MdB



IHRE SPEDITION IN STEINHEIM

Telefon 07144 8707-0 · info@gruber-steinheim.de · www.gruber-steinheim.de

schen Lohnentwicklung, Anzahl der Beitragszahler und Rentner sowie dem Rentenanstieg wird gestört. Dabei ist das Rentenniveau als Kenngröße für die Rentenpolitik denkbar ungeeignet. Selbst ein Absinken des Rentenniveaus würde nicht zu einer geringeren Rente führen, sondern stattdessen das Tempo des Anstiegs regulieren. Schon jetzt kursieren Prognosen, wonach sich die Kosten dafür bis zur Mitte der 30er Jahre im dreistelligen Milliardenbereich bewegen könnten. Die Bundesregierung geht davon aus, dass der Rentenbeitragssatz von derzeit 18,6 Prozent auf bis zu 22,3 Prozent im Jahr 2035 ansteigen wird. Das heißt, Arbeit in Deutschland wird noch teurer und Arbeitnehmer haben noch weniger Netto in der Tasche.

Wir als MIT haben uns zum Ziel gesetzt, unser Sozialversicherungssystem so auszugestalten, dass die Beiträge insgesamt 40 Prozent nicht überschreiten. Es wäre unseriös, die Anpassung der Regelaltersgrenze davon auszunehmen. Immer längere Rentenbezugszeiten erfordern eine Anpassung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung. Das Rentenniveau als Kennziffer wollen wir abschaffen, weil es Verunsicherung und Fehlvorstellungen erzeugt. Wir wollen den Nachhaltigkeitsfaktor innerhalb der Rentenformel stärken, um den Beitragssatz stabil zu halten und jüngere Generationen nicht zu benachteiligen. Längeres Arbeiten soll sich lohnen. Hier liegt mit der Aktiv-Rente ein guter Vorschlag der CDU auf dem Tisch, wonach Rentner bis zu 24.000 Euro jährlich steuerfrei hinzuverdienen können.

Auch bei der betrieblichen Vorsorge kommt es darauf an, die reine Beitragszusage für alle Durchführungswege zu öffnen und Vorsorge endlich renditestärker zu machen. Staatlicherseits kann die sehr erfolgreiche Geringverdienerförderung durch Dynamisierung noch attraktiver werden. In der privaten Altersvorsorge wollen wir aus Rieste eine neue Familien-Rente machen: vereinfacht, entbürokratisiert, attraktiver. Die Kinderzulage wird auf 300 Euro vereinheitlicht und staatliche Zu-

lagen dynamisiert. Wir wollen weg vom Sonderausgabenabzug hin zur reinen Zulagenförderung, von der auch Selbstständige profitieren sollen.

Schließlich gehört bei der Vorsorge auch die Vermögensbildung immer mitgedacht. Dies beginnt schon in der Schule bei der Vermittlung einer Vermögens- und Aktienkultur. Sie erstreckt sich weiter über die erleichterte Bildung von Wohneigentum bis hin zur verbesserten staatlichen Förderung beim Sparerpauschbetrag, der Arbeitnehmersparzulage oder auch vermögenswirksamen Leistungen. Entscheidend wird sein, dass die Menschen über ein Einkommen verfügen, das nicht durch Steuern, Abgaben und Inflation aufgezehrt wird.

Allerdings darf man sich bei Betrachtung unseres Sozialstaates nicht nur auf die gesetzliche Rente fokussieren. Noch ist sie der rosa Elefant im Raum. Doch die Kostendynamik in Gesundheit und Pflege steigt rasant. Das bestätigt auch ein Gutachten im Auftrag von DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER zur Tragfähigkeit der Sozialsysteme in Deutschland. Die Autoren prognostizieren, dass die gesamten Sozialabgaben im Jahr 2050 auf über

50 Prozent ansteigen werden, wenn man nicht gegensteuert. Die Folgen für unseren Wirtschaftsstandort und unser Sozialsystem wären verheerend. Wenn die Wirtschaft fehlt, wird der Sozialstaat unbezahlbar. Deswegen muss auch klar sein, dass jede Sozialrechtsreform, im Sinne der Generationengerechtigkeit, eine Reform für und nicht gegen Rentnerinnen und Rentner ist.

Die Zeit drängt. In der Wissenschaft ist man sich nahezu einig, dass der Kippunkt bald erreicht sein wird, ab dem der Sozialstaat weder zu finanzieren noch zu reformieren ist. Im Grunde kommt es auf die nächste Bundesregierung an und damit auf CDU und CSU! Wir müssen den Wirtschaftsstandort Deutschland und das Sozialsystem wieder fit machen und die Soziale Marktwirtschaft wieder leben. Die CDU ist dazu bereit. Die MIT hat die notwendigen Ideen, unsere Unternehmen von Belastungen und ideologischen Fesseln zu befreien, das Sozialsystem zu reformieren und es letztlich zu retten. ■

Jana Schimke MdB,
jana.schimke.ma01@bundestag.de,
jana-schimke.de

GAPLATEC

🔥 KÜCHE ❄️ KÄLTE 🌿 ABLUFT

Wir planen innovative Großküchensysteme komplett mit Abluftferrfassung, Kälteanlagen, Wärmerückgewinnung mit wenigen Schnittstellen und kurzen Wegen für Ihren nachhaltigen Erfolg.

Wir machen aus Ihrer Kantine ein Mitarbeiterrestaurant!
Statt 2 Std. Nutzung eine Zonierte Nutzung über den gesamten Arbeitstag
Kein Schlange stehen sondern individuelle Insellösungen autark gestaltet



GAPLATEC GmbH | Wacholderstr. 27 | D-71723 Großbottwar
Tel: (+49) 7148 16 66 010 | anfrage@gaplatec.de | www.gaplatec.de